

Christlicher Textilarbeiter

Centralorgan für Deutschland.

Gott und unser Recht!

Verantwortl. Redakteur: W. H. Böhm in Düsseldorf, Corneliussstraße 66. Telefon-Nr. 4423. Berichte und sonstige Beiträge sind bis Montags abends an die Redaktion in Düsseldorf einzusenden.

Anzeigen kosten die 6gespaltene Zeile 20 Pfg. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt. Beilagen werden mit 5 Mt. das Taxieren berechnet. Postzeitungsliste Nr. 1649.

Der „Christliche Textilarbeiter“ erscheint jeden Samstag und kostet wöchentlich 75 Pfg.; durch die Post bezogen 90 Pfg. Expedition, Druck und Verlag von Joh. van Nieuwen in Krefeld, Luth. Kirchstraße 65. Telefon-Nr. 1388.

7. Jahrgang.

Krefeld, Samstag, 28. Oktober 1905

Nr. 43.

Was will die christliche Arbeiterschaft?

Zahlreich sind noch immer die Leute, welche zu den Organisationsbestrebungen der christlichen Arbeiterschaft verwundert die Köpfe schütteln und fragen: „Was wollen denn die Arbeiter eigentlich?“ Unternehmen die Arbeiter irgendwelche Schritte, um ihre Arbeiterlage zu verbessern, so sind diese superklugen Leute direkt mit der lieblosesten Kritik bei der Hand. Die Freunde des Arbeiterstandes aber, welche sich mit selbstloser Hingebung der Interessen der Arbeiter annehmen, werden von diesen Salomonen als Schwärmer und Uebereiferer bezeichnet, welche Geister wachrufen, die man nachher nicht mehr los werden könne. Ja, man scheint sich nicht einmal, die Freunde des Arbeiterstandes als verkappte Sozialdemokraten zu bezeichnen, welche nur die Geschäfte der roten Internationalen besorgen.

Die Kritiker meinen, die Welt sei heute noch gerade so als zur Zeit, wo der Großvater die Großmutter küßte. Es ist ja auch so leicht, hinter dem Bierglase über die Unzufriedenheit und Begehrlichkeit der Arbeiter zu wettern, ohne seine Urteilskraft durch Einsichtnahme in die Verhältnisse zu schwächen, oder gar nach Kräften an der Lösung der Arbeiterfrage mitzuarbeiten.

Wer Augen hat, um zu sehen, der sieht, daß wir an der Schwelle eines neuen Zeitalters stehen, ja diese Schwelle bereits überschritten haben. Dieses Zeitalter aber trägt auch ganz neue Gesichtszüge an sich. Insbesondere zeigt es dem aufmerksamen Beobachter einen stark ausgeprägten demokratischen Zug. Die Massen der Menschheit, die bisher vielfach in lethargischem Schlafe gelegen, drängen empor und ringen nach Geltung. Die Massenkräfte, die in ihnen schlummern, kommen ihnen zum Bewußtsein. Sie ruhen mit mächtiger Stimme: auch wir sind da — der vierte Stand — auch wir verlangen Anteil an der Leitung der Menschengeschichte, als gleichberechtigtes Glied der Gesellschaft.

Als anno 1789 der dritte Stand an den goldenen Toren von Versailles anklopfte und rief: fort mit den privilegierten Ständen, auch wir wollen ein gleichberechtigtes Glied des Staates und der Gesellschaft sein, da wies man ihn zurück und predigte ihm die Unverletzlichkeit der 1000jährigen (feudalistischen) Gesellschaftsordnung. Was geschah? Unter den Keulenschlägen der blutigen Revolution wurde die feudale Gesellschaftsordnung zerstückelt und aus Strömen von Blut stieg der dritte Stand als Sieger hervor. Er hat dem 19. Jahrhundert seinen Stempel aufgedrückt; er hat ein Zeitalter gewaltiger Triumphe des Menschengeistes inauguriert; die Vorherrschaft, welche die Menschengeschichte ebenso gut leitet, wie die Sternheere des Weltalls, hat ihm große Aufgaben zugewiesen; er ist aber leider auch religionsfeindlich geworden, nicht zum mindesten deshalb, weil kirchliche Organe durch allzu starkes Rückwärtssehen den Blick für die Gegenwart und Zukunft sich gekrümmten hatten.

Der dritte Stand hat sich frei gemacht — emancipiert; auch heute ist seine Rolle noch nicht ausgespielt; aber heute klopft ein neuer Stand an den Toren, nicht von Versailles, sondern der ganzen Welt und ruft: fort mit den Privilegien der oberen Zehntausend, auch wir wollen ein gleichberechtigtes Glied der Gesellschaft sein. Zum Glück hat sich diese Befreiung schon teilweise vollzogen — ausgenommen in Rußland, wo ein blindes Regiment das Proletariat zur Verzweiflung treibt.

Der vierte Stand steht da. Er ist frei, wenigstens auf dem Papier; er will und er wird immer freier werden. Es fragt sich nur, soll diese Emancipation im christlichen Sinne erfolgen oder aber im atheistischen? Soll der vierte Stand hindübergebrängt werden ins Lager der Sozialdemokratie oder will man ihm eine Organisationsform geben, wodurch er seine Weltstellung und alle ihm gebührenden Rechte erringen kann, ohne vom christlichen Boden abzuweichen? Im sozialistischen Lager würde man diese Scharen mit offenen Armen aufnehmen und sie als Sturmtrupp benutzen gegen die, wie man sagt, grundverdorrene Gesellschaftsordnung, gegen Thron und Altar, und sich dann obenreißend mit dem klingen Titel der alleinigen Arbeiterpartei zieren.

Wenn also das Wohl der Arbeiterklasse nicht gleichgültig ist, und wer zugleich eine gesunde Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse wünscht, der muß die christliche Organisation begrüßen, wie das Morgenrot einer großen Zukunft, der muß dieselbe unterstützen.

Wer aber gegen dieses Organisationswert gleichgültig oder gar feindselig ist, der versteht die Zeichen der Zeit nicht oder will sie nicht verstehen.

Zu jeder Zeit war es die Aufgabe des Christentums, dem Götterdienst des Egoismus den Gottesdienst der sozialen Gerechtigkeit gegenüberzustellen; zu jeder Zeit war es seine heilige Aufgabe, für die Armen und Bedrängten und Ausgestoßenen in der Gesellschaft die Menschenrechte zu reklamieren. Late es das heute nicht, so hätte es Christi Geist nicht mehr. Das mögen sich jene gesagt sein lassen, die den Schmetterling bekommen, wenn nur irgendwo ein Arbeiterverein oder eine christliche Gewerkschaft ins Leben tritt.

Und wunderbar mißt es einen an, wenn Leute Klapper aller Tugenden zu sein glauben, dabei aber der selbständigen Organisation der Arbeiterklasse entgegenstehen. Werken sie nicht, daß sie ganz in den Tücheln des Liberalismus stecken, wo es sich um die wahrhaftigen Interessen ihrer weniger begüterten Mitbürger oder Arbeiter handelt.

Es werden diese Leute nicht von den Rechten der unteren Massen redet, nur ist doch auch von den

Pflichten der Arbeiter, nicht immer bloß von den Rechten, so sagen sie gerne. Diese Menschen dürfen sich beruhigen; abgesehen davon, daß die Arbeiter innerhalb wie außerhalb ihrer Organisationen stetsfort an ihre Pflichten erinnert werden, sorgt des Lebens rauhe Wirklichkeit im allgemeinen schon dafür, daß der kleine Mann das Joch der Pflicht nicht allzu sanft zu fühlen bekommt. Andererseits läßt es sich nicht leugnen, daß es mit den Rechten der Arbeiter und namentlich der Arbeiterinnen noch mancherorts himmelstürzend bestellt ist, daß viele dieser kleinen Leute in Stadt und Land weit über ihre Kraft ausgebeutet werden, daß sie vielfach keinen Feierabend und keine Sonntagsruhe kennen, daß in gewissen Branchen die Entlohnung eine miserable ist, daß in manchen Betrieben jede Organisation der Arbeitskräfte rundweg verunmöglichlicht wird, daß man da und dort fortwährend, solange es einfach geht, und dem Fabrikgesetz wie den Gesetzen der Menschlichkeit eine Nase um die andere dreht. Das sind Tatsachen, die man vielfach antrifft in unserm Vaterlande.

Da hat die christliche Organisationsarbeit eine hohe Aufgabe zu lösen: sie erkämpft den Arbeitern ein menschenwürdiges, christliches Dasein.

Was wollen denn diese Arbeiter noch mehr? O, nicht bloß höheren Lohn verlangen sie, sondern sie wollen sogar als Gesamtheit mit ihrem Prinzipal verhandeln und Kollektivarbeitsverträge abschließen, ein bißchen bei der Durchführung der Arbeitsbedingungen mitwirken. Das gerade machen die Herren Kirdorf und Bred den Arbeitern zum größten Vorwurf mit dem Beifügen, daß sie dieses Recht der Arbeiterschaft nie und nimmer zugestehen werden. Aber, meine verehrten Herren, da kämpft ihr umsonst; den elementaren Strom der Zeit haltet ihr nicht auf. Es ist eine der schönsten Errungenschaften der Jetztzeit, daß sie den Arbeiter in wirtschaftlicher Beziehung mündig gemacht und ihm das Kollektionsrecht als reiche Frucht in den Schoß geworfen hat. Täuscht euch nicht, das Zeitalter des schrankenlosen Liberalismus ist vorüber. Der Standpunkt des „unumschränkter Herr im Hause sein“ ist auch für den Metallknecht und den Grubenbaron und selbst für die anonyme Aktiengesellschaft bald endgültig dahin. Die Arbeiterschaft, die neben Geld und Intelligenz als dritter und wesentlichster Faktor die Blüte und den Profit der Geschäfte bewirkt, sie will und muß mitbestimmend werden. Und sollen wir uns über das nicht freuen? Sollen wir das Zeitalter der Tarifverträge nicht jubelnd begrüßen als das herrliche Morgenrot einer sozialen Weltfriedens-Ära? Ist denn dieser blutige Querrillenkrieg der ewigen Streits auf der einen und der unumenschlichen Ausperrung auf der anderen Seite ein Ideal für die Menschheit? Und ist der nicht ein elender Philister, welcher wünscht, daß in alle Ewigkeit das Gros des Menschengegeschlechtes den Triumphwagen von ein paar Geldmännchen ziehen soll? Nein, gebet dem Arbeiter sein Vereinigungsrecht ungeschmälert, verhandelt mit ihm als einem ebenbürtigen Kontrahenten, als vollwertigem Mitmenschen, und die düsteren Wetterwolken am Himmel unserer Zeit verschwinden.

Und nun ihr alle, denen noch die Liebe und Gerechtigkeit des Christentums kein leerer Wahn ist, geht nicht achtlos und selbstgütig vorüber am vierten Stand und seinem großen Ringen, wie der Priester und der Leuchte an dem unter die Räuber Gefallenen vorübergegangen sind. Neiget euch nieder, heilet seine Wunden, hebt ihn auf, diesen während 100 Jahren zerketteten Stand; schaffet ihm nach der Maßnung der großen Männer Kettelei und Mannung bessere Lebensbedingungen, mehr Luft und mehr Licht; gebet ihm sein volles und heiliges Recht im Arbeitsvertrag, in der Lebensführung; bewahrt ihn vor der größten Gefahr, in die Hände der Räuber zu fallen, des Materialismus und Altruismus unserer Tage, und setzet ihn nur nützlich empor neben euch, zur treuen, energischen, politischen und sozialen Mitarbeit, zum Wohle der Völker. Ihr habt es nicht zu bereuen. Werbet alle sozial, wahrhaft christlich-sozial und gebet in warnherziger Brüderlichkeit acht auf eure vielfach verstoßenen und verachteten und als quantité négligeable behandelten Arbeitsbrüder; dann wird alles gut!

Herr Ment macht Schule.

Bisheran schien es, als ob der Aussperrungsplan des Herrn Ment, die Arbeiter nach dem ABC auszusperrten, keinen Anklang bei den Arbeitgebern finden würde. Wenigstens hörte man nichts mehr davon. Jetzt wird die famose Idee wieder befürwortet von dem Generalkassierer, Dr. Grabenstedt. Die Ausführungen dieses Herrn sind noch weniger von „sentimentalen Anwandlungen“ angekränkt als die des Herrn Ment. Für die unorganisierten Arbeiter werden die Vorschläge des Dr. Grabenstedt ein ganz besonderes Interesse haben, denn auch sie haben nicht die mindeste Rücksichtnahme seitens der Arbeitgeber zu erwarten. Heißt es doch in dem Referate wörtlich:

„Wenn man also zur Aussperrung schreitet, so läßt sich jeder kein Interesse zwischen Organisierungen und Unorganisierten machen, das gilt nicht für die allgemeine Aussperrung, sondern nur für die stufenweise Aussperrung nach Prozenten oder nach dem Absatz.“

Es bleibt den Unorganisierten als letzter Rettungsanker die Armenverwaltung. Welche Unterstützung sie von dieser zu erwarten haben, davon wissen die unorganisierten Arbeiterkassierer in Gera zu erzählen, welche sich, da sie gleichfalls ausgesperrt wurden, an die Generalkommission

um Unterstützung wandten. Die Unverheirateten unter ihnen erhielten keine Unterstützung. Nur die verheirateten unorganisierten Arbeiter erhielten 1 Mt. 50 Pfg. wöchentlich und eine Brotkarte. Die „Zukunft“ der Unorganisierten liegt demnach bei der Armenverwaltung, wenn sie auf ihre politischen Rechte verzichten wollen.

In Anlehnung an den Aussperrungsplan des Herrn Ment schildert Dr. Grabenstedt die Vorteile der ABC-Ausperrung für die Arbeitgeber folgendermaßen:

„Diese Art der Aussperrung trifft die Arbeiter und ihre Organisationen weit empfindlicher und hat vor allem noch den Vorzug, daß die Aussperrung kontrollierbar wird, da die Aussperrten durch ihre Namen leicht erkennbar sind.“

Dadurch wird neben der korrekten Durchführung der Aussperrung auch eine leichte Kontrolle der über die entlassenen Arbeiter verhängten Sperre, welche ja mit der Aussperrung naturgemäß stets verbunden sein muß, gewährleistet, da die Einstellung durch Unachtsamkeit fast zur Unmöglichkeit gemacht wird. Eine stufenweise Aussperrung nach Prozenten der Arbeiterzahl ist für eine ganz Deutschland umfassende Arbeitgeberorganisation, wie den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller geradezu undurchführbar und sollte damit erst gar kein Versuch gemacht werden, weil ein Mißerfolg von vornherein sicher erscheint, was nach an dem folgenden Beispiel erläutert werden mag.

Wenn der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller bei ca. 360 000 Arbeitern 10% nach freier Wahl des Arbeitgebers aussperrt, so müßte, um ihre Wiedereinstellung während der Aussperrung zu verhindern, eine Namensliste von 36 000 Namen den Arbeitsnachweiser und den beteiligten Arbeitgebern zugestellt werden.

Ganz abgesehen von den erheblichen Kosten, welche ein solches Verfahren verursacht, würde sich aus dieser Liste, wenn sie sich in kurzer Zeit überhaupt zusammenstellen ließe, niemand zurechtfinden können, und es würden die ausgesperrten und gesperrten Arbeiter massenhaft verhehentlich zur Einstellung gelangen.

Außerdem würden diese 36 000 ausgesperrten Arbeiter zumeist minderwertige jugendliche Arbeiter sein, welche in anderen Industrien leicht ein Unterkommen finden könnten, so daß die Arbeiterorganisationen in der Mehrzahl der Fälle überhaupt keine Streikunterstützung zu zahlen brauchen.

Ganz anders würde sich die Sache gestalten bei Anwendung des ABC-Systems.

Wenn 36 000 Arbeiter mit den Anfangsbuchstaben A, B, C und D ausgesperrt würden, so würde die verhehentliche Wiedereinstellung eines nennenswerten Teiles derselben ganz ausgeschlossen sein, weil der einzelne Arbeitgeber nur auf den Anfangsbuchstaben des Namens des Arbeiters zu achten hätte. Die kostspielige und komplizierte Zusammenstellung und Verfolgung der Listen würde fortfallen. Außerdem wäre mit Bestimmtheit zu erwarten, daß auch die Arbeitgeber anderer Branchen die Aussperrten aus Solidarität nicht einstellen würden und die Isolierung der Aussperrten würde damit völlig erreicht sein.

Die Folge davon wäre naturgemäß, daß die Arbeiterorganisationen die ganze Schwere der Aussperrten auf ihre Kosten erhalten müßten.

Den Schaden, den die Arbeitgeber durch die Aussperrung erleiden würden, ist unerheblich.

In Zeiten geringen Arbeiterangebots würden sie allerdings ihre Betriebe sämtlich um 10% einschränken müssen, das wäre aber ein finanzielles Opfer, welches, da es von allen getragen wird, erträglich sein würde.

In Zeiten reichlichen Arbeiterangebots würden die Unternehmer für die ABC- und D-Beute leicht andere Arbeiter, deren Namen nicht mit diesen Buchstaben beginnen, einstellen können. In diesem Falle wäre der finanzielle Schaden fast gleich Null, und die Arbeiterorganisationen würden dann ihre Streikangriffe bald aufgeben müssen, wenn sie finanziell nicht gänzlich ruiniert werden wollten.

Dieses Aussperrungssystem gewährt ferner noch die Möglichkeit, daß in Jahren großer Lohnkämpfe, wo häufiger zu der Aussperrung als Abwehrmittel gegriffen werden muß, immer wieder dieselben, z. B. mit den Buchstaben A beginnenden Arbeiter ausgesperrt werden. Wenn nun aber immer wieder dieselben — sagen wir — A-Leute ausgesperrt werden, so können dieselben das auf die Dauer nicht aushalten.

Sie werden entweder arbeitswillig werden oder sie müssen von den Arbeiterorganisationen erhalten werden, und zwar würde ihnen dann bedeutend mehr gezahlt werden müssen, als das gewöhnliche Streikgeld beträgt.

Durch diese Art der Aussperrung würden den Arbeiterorganisationen die Kosten der Einzelstreiks bedeutend erhöht; man verbietet ihnen die Dekonome ihres Systems der partiellen Streiks und verleidet ihnen so das Streiken überhaupt.“

Nachdem Dr. Grabenstedt das ABC-Ausperrungssystem mit seinen „Grundzügen und mit seinen Vorzügen“ geschildert hat, geht er auf die gegen das „System“ vorgebrachten Bedenken näher ein:

„Nachdem nun das ABC-Ausperrungssystem in seinen Grundzügen und mit seinen Vorzügen erörtert worden ist, soll kurz auf die hauptsächlichsten Einwendungen eingegangen werden, welche gegen dasselbe erhoben worden sind.“

Grundsätzlich wird geltend gemacht, daß das System der Aussperrung nach bestimmten Buchstaben die einzelnen Betriebe vielleicht ungleich treffen würde und daß, falls über hintereinander dieselben Buchstaben berücksichtigt werden, einzelne Betriebe Arbeiter deren Namen mit diesen Buchstaben anfangen, überhaupt nicht mehr einstellen würden, um dadurch von eventuellen späteren Aussperrungen gar nicht in Mitleidenschaft gezogen zu werden.

Diese Bedenken halte ich nicht für schwerwiegend. Jedenfalls kann allen sich ergebenden Unzutrefflichkeiten dadurch begegnet werden, daß von Zeit zu Zeit mit dem Buchstaben abgewechselt wird. Auf diese Weise wird der wünschenswerte Ausgleich nach jeder Richtung herbeigeführt werden.

Auf die soviel gepriesene Einigkeit der deutschen Arbeitgeber scheint Dr. Grabenstedt auch gerade keine Schlösser zu bauen, denn er gibt der Bestreitung Ausdruck, daß einzelne Betriebe überhaupt keine K-Männer mehr einstellen und sich somit an der Durchführung der K-Maßnahmen vorbehalten würden. Den vorgeschlagenen Weg des „gerechten Ausgleichs“ in der Form, daß von Zeit zu Zeit mit den Buchstaben abgewechselt wird, werden sich besonders die unorganisierten Arbeiter merken, welche den Anfangsbuchstaben ihres Namens mitten oder am Ende des Alphabets sehr wohl geborgen glaubten.

Dann wendet sich Dr. Grabenstedt gegen die in der letzten Zeit des öfteren zur Anwendung gelangte Methode, nur die organisierten Arbeiter auszusperren. Er meint, diese Art der Aussperrung sei „an sich wohl ganz gut“, aber nur sehr schwer durchführbar, weil es dem Arbeitgeber, besonders in den großen Betrieben, an jeder genauen Kontrolle darüber fehle, wer von seinen Arbeitern organisiert sei. Bei Gelegenheit der Metallarbeiteraussperrung in Bayern hatten die Arbeitgeber die Unterschrift eines Reverses von ihren Arbeitern gefordert. Davor glaubt Dr. Grabenstedt die Arbeitgeber warnen zu müssen, indem er ausführt:

„Auch ist die Forderung der Unterzeichnung eines Reverses durch den Arbeiter, dahin lautend, daß er keiner Organisation angehöre und angehöre will, wie der Hamburger Landgerichtsrat Dr. Matthaei in Nr. 44 der „Sozialen Praxis“ vom 8. August d. J. ausführte, gegen die guten Sitten verstoßend und daher, seitdem die Koalitionsfreiheit der Arbeiter gesetzlich anerkannt worden ist, ungesetzlich.“

Aber selbst da, wo trotzdem die Unterschrift des Reverses von einigen Arbeitgebern gefordert worden ist, hat die Erfahrung gezeigt, daß hiermit durchaus keine genügende Sicherheit geschaffen war, da die Gewerkschaften ihren Mitgliedern direkt angetragen haben, die Reverse unbedenklich zu unterschreiben, aber trotzdem in der Organisation zu bleiben. Auf den bloßen Verdacht hin, gewissermaßen nach Gutdünken, aber die Arbeiter auszusperrn, dürfte sich nicht empfehlen, da Mißgriffe hierbei unabweislich sein würden.“

Interessant für uns ist, daß die Arbeitgeber mit ihren bisherigen Aussperrungsmethoden so gut wie abgewirtschaftet haben und jetzt im „ABC“ ihrer Weisheit letzten Schluß erblicken. Das befragte Generalsekretär Dr. Grabenstedt, indem er darauf hinweist,

„daß die Arbeitgeber erfolgreich den Abwehrkampf nur dann werden führen können, wenn sie durch Annahme des ABC-Systems oder eines anderen gleichwertigen Aussperrungssystems für ihre ganz Deutschland umfassenden Berufsorganisationen diese dazu befähigen, in den Abwehrkampf mit einzutreten zu können.“

„Wir verhandeln nicht.“

Von objektiven Beurteilern der wirtschaftlichen Verhältnisse wird immer wieder der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß es im Interesse der Arbeitgeber liege, zwecks Schlichtung von Differenzen mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen zu verhandeln. Obgleich selbst das Organ der Arbeitgeber, die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ für das Verhandeln mit den Arbeiterorganisationen eintritt, steht ein großer Teil der Arbeitgeber noch immer auf dem Standpunkt: „Wir verhandeln nicht.“ Das ablehnende Verhalten der Arbeitgeber des sächsisch-thüringischen Industriegebietes begründet ein (anscheinend beteiligter) Arbeitgeber in der V. M. f. d. L.-Z. wie folgt:

„Man weiß sehr wohl, daß die ganze Lohnbewegung rascher und viel billiger für die Arbeitgeber zu Ende zu führen wäre, sobald man die Vertreter der Organisation zu den Verhandlungen hinzuzöge, ja man geht gewiß in der Ansicht nicht fehl, daß die Organisationsführer mit einer viel geringeren Aufbesserung der Löhne sich zufrieden gezeigt hätten, als sie der neue Tarif bietet. Sie hätten dann

den von ihnen durchgesetzten Tarif schon in einer, ihre Wirksamkeit schmeichelhaft hervorhebenden Beleuchtung den Arbeitern verbaulich gemacht. Und es wäre Friede auf Erden geworden. — Das alles weiß man sehr wohl, und doch lehnte man ab und lehnte weiter ab und scheute nicht die Opfer an Zeit und Geld und die eventuellen Einbußen im Geschäftsgange. Denn mit den Vertretern des deutschen Arbeitgeberverbandes verhandeln, heißt, der Sozialdemokratie Vorkaution leisten. Es sind ja nicht sachkundige, verständige Arbeiter, die den Rahmen der Organisation bilden, sondern berufsmäßige, sozialdemokratische Agitatoren. — Das Beispiel des Streiks in Glauchau-Meerane — 1902/03 hat zwar gezeigt, daß man mit Hinzuziehung der Organisation sinkt unter Dach und Fach kommen kann, daß man sich aber durch die berufsmäßigen Agitatoren den Fuß dabei in den Nacken setzen läßt und den Söldnerdruck nicht wieder los wird.“

Darin hat der Verfasser allerdings recht, daß das Verhalten der Arbeitgeber „in den Kreisen der Gebildeten“ keinem Verständnis begegnet. Wenn die Arbeitgeber wissen, daß die ganze Angelegenheit schneller und für sie billiger zu erledigen wäre, wenn sie mit den Vertretern der Arbeiter verhandelten, so laden sie durch ihre streng ablehnendes Verhalten die ganze Verantwortung für das durch eine allgemeine Aussperrung hervorgerufene Elend auf sich. Unsmehr ist der Standpunkt der Arbeitgeber zu verurteilen, als sie ja ihren Verband, den Arbeitgeberverband, mit ihrer Vertretung betraut haben. Das Verhandeln zwischen den beiderseitigen Organisationen führt keineswegs dazu, daß die „Agitatoren“ den Arbeitgebern den „Fuß in den Nacken“ setzen, sondern ist nur geeignet, wie zahlreiche Beispiele in Deutschland beweisen, ein freibliches oder gar freundschaftliches Verhältnis zwischen den Vertretern der beiderseitigen Organisationen anzubahnen. Viel klarer als in Deutschland hat sich diese Erkenntnis natürlich in einem Lande durchgerungen, wo die Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber schon viel älter, fester eingewurzelt und erfahrener sind, als in Deutschland. Wir meinen England, das klassische Land gewerblicher Organisation. In schöner Weise legt davon ein Briefwechsel Zeugnis ab, der in der Factory Times am 6. Oktober d. J. veröffentlicht wurde. Der Sekretär der Spinnereiarbeiterorganisation zu Oldham, Mr. Thomas Ashton, schreibt an den Sekretär der dortigen Arbeitgeberorganisation, Mr. Samuel Andrew:

„Wie ich vernehme, geben Sie mit dem Ablauf dieses Monats Ihre Stellung als Sekretär der Arbeitgeberorganisation von Oldham auf, nachdem Sie die mit dem Untere verbundenen mühsamen und beschwerlichen Pflichten während der langen Zeit von dreißig Jahren treu und erfolgreich erfüllt haben. Ich kann diesen Anlaß nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen mein tiefes Bedauern darüber auszusprechen, daß Sie es mit Rücksicht auf Ihre Gesundheit und Ihre Kräfte in Ihrem eigenen Interesse für das Beste halten müssen, den Schritt zu tun, für den Sie sich entschieden haben. Ihre Stellung als Sekretär der Arbeitgeber und meine Stellung als Sekretär der Spinnerei- und Zwirnereiarbeiter von Oldham und der umliegenden Distrikte haben uns in geschäftlichen Angelegenheiten sehr häufig zusammengeführt, wobei wir uns mit der Erörterung von Betriebsstreitigkeiten verschiedener Art zu befassen hatten, und ich erkenne bereitwillig an, daß Sie stets von dem aufrichtigen Bestreben erfüllt waren, das zu tun, was den Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiter entsprach, so daß Einzelkämpfe zum Vorteil aller in Betracht kommenden Teile auf eine sehr kleine Zahl beschränkt wurden. Die technischen Einzelheiten des Betriebes sind so verwickelt und schwierig zu übersehen, daß praktische Kenntnis, mit Takt und Rüstigung verbunden, nötig ist, um verständige Entscheidungen zu fassen. Ihnen fehlten diese Eigenschaften nie, wenn Sie mit unserem Präsidenten und mir bei der Erledigung von Streitigkeiten zu tun hatten, die mit den Fragen der Spinnerei- und Zwirnereiarbeiter der Baumwollindustrie in Verbindung standen. Mein lebhafter Wunsch geht dahin, daß Ihr Nachfolger dem verdienstvollen Beispiel

folgen möge, das Sie für ein ehrliches Zusammenarbeiten gegeben haben. In diesem Falle werden die harmonischen Beziehungen, die so lange zwischen beiden Organisationen abgewaltet haben, fortbauern . . .“

In seinem Dankschreiben antwortete Mr. Samuel Andrew: . . . Ich erwidere durchaus die in Ihrem Briefe ausgesprochenen Gefühle und betrachte es als eine ungewöhnliche Ehre, in dieser Weise den Ausdruck Ihres Vertrauens und Ihrer Wertschätzung empfangen zu haben.“

Wann wird, — so meint die Nation, die Zeitschrift Dr. Th. Barth's — bei uns in Deutschland das gegenseitige Verständnis zwischen den Organisationen der Unternehmer und Arbeiter so weit gebrochen sein, um eine derartige Korrespondenz ihrer Beamten zu ermöglichen? Nun, vielleicht sind auch wir dieser Zeit nicht mehr ganz fern, wie die Nation anzunehmen scheint.

Zwangsversicherung und Tuberkulosebekämpfung.

Ausgehend von dem Grundsatz, daß die Bekämpfung aller früherer Invalidität am besten geschieht durch geeignete Maßnahmen der Krankenfürsorge, hat die deutsche Zwangsversicherung vor allem der Tuberkulose als einer der gefährlichsten Volkskrankheiten ihre Aufmerksamkeit zugewandt. Und zwar sind nach den neuesten Mitteilungen in den „Amtlichen Nachrichten“ des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1905, 1. Heft, in den 8 Jahren von 1897 bis 1904 für eine ständige, d. h. planmäßige Heilbehandlung tuberkulöser Arbeiter und Arbeiterinnen 35 532 833 Mk. ausgegeben worden. Die Zahl der in Behandlung genommener Männer betrug in diesem Zeitraum 75 771 an 5 572 055 Verpflegungstagen, die der Frauen 26 035 an 2 115 748 Verpflegungstagen. Danach entfallen in den einzelnen Jahren auf einen behandelten tuberkulösen Mann durchschnittlich 72 bis 75 Verpflegungstage und auf eine behandelte tuberkulöse Frau 79 bis 87 Verpflegungstage. Die Heilbehandlung ist von Jahr zu Jahr gestiegen. 1897 waren erst 2598 Männer und 736 Frauen in Behandlung, 1904 dagegen 16957 bzw. 6520. Dementsprechend verhalten sich auch die Zahlen der Verpflegungstage.

Bei diesen Leistungen der Versicherungsträger der Invalidenversicherung ist die Frage wohl begründet, ob die Erfolge den an die Heilbehandlung geknüpften Erwartungen entsprechen haben. Denn nur wenn dies der Fall ist, lassen sich die dafür hergegebenen Millionen rechtfertigen, die sich aus den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeiter zusammensetzen. Das Reichsversicherungsamt hat deshalb mit den Versicherungsträgern eine fünfjährige Kontrolle in der Heilbehandlung genommener Personen nach einem besonderen Schema vereinbart. Die bisher abgelaufenen vier fünfjährigen Kontrollperioden lassen nun erkennen, daß von je 100 im Jahre 1897 wegen Tuberkulose behandelten Personen (d. h. Männer und Frauen zusammen) Ende 1901 noch 27 erwerbsunfähig im Sinne des Invalidengesetzes (das ist ein den Bezug von Invalidenrente ausschließender Grad der Erwerbsfähigkeit) waren. Aus den Jahren 1898, 1899 und 1900 stellt sich das Dauerergebnis noch günstiger; denn von je 100 behandelten Tuberkulösen dieser Jahre waren Ende 1902 bzw. 1903 und 1904 noch 31, 32 und 31 erwerbsfähig. Bei tuberkulösen Männern ist die Beständigkeit des Erfolges im allgemeinen nicht so günstig, als bei tuberkulösen Frauen, da von je 100 1897, 1898, 1899 und 1900 behandelten tuberkulösen Männern im Jahre 1901 bzw. 1902, 1903 und 1904 nur noch 25 bzw. 28, 30 und 30 erwerbsfähig waren, dagegen der Prozentsatz der erwerbsfähigen tuberkulösen Frauen aus den gleichen Jahren Ende 1901 32 bzw. 33, 37 und 35 betrug.

Ein derartiger Dauererfolg, so bemerkten dazu die „Amtlichen Nachrichten“, erscheint vielleicht auf den ersten Blick geringfügig, er muß aber befriedigen, wenn man in Betracht zieht, daß es sich fast ausschließlich um die Bekämpfung schwerer, chronischer Krankheitsformen gehandelt hat, und daß die Zahl der Mißerfolge bei Lungentuberkulose keine erhebliche größere gewesen ist, als bei den anderen Krankheiten. Nicht minder muß es unseres Erachtens als ein wirtschaftlicher Erfolg angesehen werden, daß eben durch die Heilbehandlung bisher schon tausende dem langsamen Siechtum infolge der Tuberkulose entzogen und in ihre vollständige Erwerbsfähigkeit

Zeitbilder.

„Wenn jemand eine Reise tut, so kann er was erzählen“, so sagt Arian. Es ist eigentlich gar nicht nötig, in fremde Länder zu reisen, um neue Eindrücke zu sammeln und „Land und Leute“ kennen zu lernen.

War ich da an einem schönen — pardon an einem schrecklich negativen Sonntag in einem kleinen Verkehrswespaalens, um über die Notwendigkeit der geschäftlichen Einführung des Behauptungstages zu reden. Unsere Versammlung hatte sehr unter der Ungunst der Witterung zu leiden, so hätte ich gerade in einem Versammlungsbereich gelassen. Diese Worte kamen mir in den Sinn, als ich unter stromendem Regen durch die „Straßen“ des Städtchens wogte und Betrachtungen über die Möglichkeit hoher Wasserpreise anstellte. Würden sich auch die biedereren Wespaalen durch die Ungunst der Witterung vom Versammlungsbereich abhalten lassen? Würde die Versammlung verregnen, wie ich bereits verregnet war? Fast fürchtete ich es. Alle Befürchtungen und meine ganze Regenwetterstimmung verließen aber mit einem Male, als ich etwa zehn Minuten nach der angelegten Zeit den Saal betrat und Männer und Frauen, nach Tischen gesondert, bereits in „draußigster fürstlicher Grange“ amoeniert waren. Die Vertreter eines „guten Tropfens“ behaupten, daß derselbe alle Grillen vertriebe und das Herz leicht und frei mache. Ich will an dieser Stelle nicht über die Ansehbarkeit dieses „Tropfens“ sprechen, aber jedoch fest fest, die dem „guten Tropfen“ zugeschriebene Wirkung über eine gut besuchte Versammlung auf den Besessenen aus. So wurde es denn auch mir leicht und frei ums Herz, und ich glaube, daß ich anderswo schon schmerzliche Reden gehalten habe. Die Ausführungen einiger Kollegen als Diskussionsredner waren sachlich und geschickt. Besonders interessierte es mich, als ein Kollege ausfuhrte, daß die Arbeiter vielfach darüber klagten, daß der Arbeiterstand zu wenig geachtet würde. Darüber habe ich mich sehr gewundert: man verheißt mich aber recht, nicht darüber, daß man den Arbeiterstand noch so wenig achtet, sondern darüber, daß die Arbeiter das nicht als selbstverständlich haben. Wie kann ein Stand Achtung und Beachtung beanspruchen, der sich selbst so wenig achtet? Wie können sich die Arbeiter darüber beklagen, wenn andere Stände den Arbeiterstand danach bemerken, wie er sich selbst bewertet? „Nur derjenige Stand gilt etwas, der sich wehrt, der Einzelne vertritt und nur die Organisation vertritt im Kampfe der Interessen Einfluß zu gewinnen.“ Diese Äußerung ist in von den anderen Ständen längst erkannt und in die Praxis übertragen worden. Und die Arbeiter! Sie haben bereits seit dem Jahre 1889 ihr Koalitionsrecht und — wachen seit Jahren darauf, daß ein Stand sich Ansehen und Achtung verschaffen, so müssen ihre Angehörigen von jedem Standesbewußtsein befreit sein.

Dieses ist aber den großen Massen der Arbeiter noch ein unbekannter Begriff. Manche Arbeiter betragen sich derart, als wenn sie direkt darauf erpicht wären, den Arbeiterstand in den Augen der übrigen Stände in Mißkredit zu bringen.

Welchen Eindruck muß es z. B. auf einen Arbeitgeber oder sonstigen Vorgesehen machen, wenn ein Arbeiter dadurch seinen Ordnungssinn und seine Pünktlichkeit zu bekunden sucht, daß er auf sein Koalitionsrecht verzichtet und vielleicht sogar zum feigen Denunzianten an seinen organisierten Mitarbeitern wird? Wer sich selbst in solcher Weise erniedrigt, vor dem wird doch kein rechtlich denkender Mensch Achtung haben können. Auf ihn wird höchstens der Ausspruch Napoleons zutreffen, daß man den Verrat liebt, aber den Verräter verachtet. Wird ein Arbeiter auf Achtung Anspruch machen können, der sich in der Woche nur als Arbeitermaschine und Sonntags als Alkoholverkäufer fühlt? Studiere man die Gesichter vieler Arbeiter an den Sonntagsabenden, und man wird es begreiflich finden, wenn Leute, welche die Arbeiter über einen Kampf zu führen gewohnt sind, geringfügig von den Arbeitern reden. Der Achtung beanspruchen will, der muß sich erst selbst achten. Wie ist es nur möglich, daß Leute, welche das Arbeiterleben gar nicht oder nur oberflächlich kennen, den Arbeitern zumuten, mit 12 oder 13 Mk. wöchentlich eine Familie zu unterhalten und die Organisationsbestrebungen der Arbeiter schon verurteilen? Sehr einfach. Diese Leute haben sich zu sehr mit dem Gedanken vertraut gemacht, in den Arbeitern völlig unerschöpfliche Geldquellen zu sehen, die man in jeder Weise bevermanden könne. Wenn sich Handwerker, Bauern, Hausbesitzer oder Unternehmer zusammenschließen, um ihre gemeinsamen Interessen wirksam vertreten zu können, so gilt das selbstverständlich als ihr gutes Recht, und man würde es als eine ungeheuerliche Anmaßung bezeichnen, wenn die Arbeiter etwa dagegen protestieren würden. Organisieren sich aber arme Arbeiter, so geraten oft Handwerker und Nachwächter in Aufregung. Daran tragen die Arbeiter aber selbst die Hauptlast. Statt frei und ohne ihre Standesrechte zu verteidigen und zu verteidigen, haben sie die Schamhaftigkeit recht tief über die Ohren gezogen und durch ihre Selbstenttarnung ihren ganzen Stand erniedrigt. Für uns Gewerkschafter gilt es, das Verlangen nachzugeben und die großen Massen der Arbeiter mit einem, einem Standesbewußtsein zu versehen. Groß und schwer ist diese unsere Aufgabe, aber sie ist nicht überflüssig und wert. Steigt und hat ist der Boden, welchen wir zu bearbeiten haben, aber dennoch können wir frohgemut in die Zukunft schauen. Die Zahl unserer Mitkämpfer ist bereits eine große, und sie wird und muß noch stetig größer werden. Vor fünf oder sechs Jahren hatten wir nur einige wenige Kollegen, die als Redner unsere Standesbewußtsein verteidigen und agitieren konnten. Jetzt haben wir jetzt allorten befähigte und geschulte Kollegen, welche auch in großen

Versammlungen erfolgreich für unsere Sache eintreten können. Und noch werden stets neue Rekruten ausgebildet in den örtlichen Unterrichtsvereinen. Schade nur, daß die örtlichen Unterrichtsvereine nicht noch von mehr Kollegen besucht werden. „Aber ich habe kein Talent zum Reden“, sagt da dieser oder jener Kollege. Darauf habe ich zu erwidern, daß man auch dann den Unterrichtsvereinen beitreten soll, wenn man nicht gerade „Redner“ werden will. Gewiß hat der Unterrichtsverein auch die wichtige Aufgabe, Redner heranzubilden. Jeder Kursteilnehmer kann und braucht aber nicht Redner zu werden. Was aber jeder Teilnehmer am Kursus erhalten kann, ist jene geistige Ausbildung, welche ihn befähigt, die Interessen des Arbeiterstandes auf den verschiedenen Gebieten zu vertreten. Dazu wird jeder Arbeiter durch die Teilnahme an sozialen Unterrichtsvereinen befähigt. Er erhält einen tieferen Einblick in den Zusammenhang des wirtschaftlichen und sozialen Lebens und lernt die Verhältnisse objektiv und gerecht beurteilen. Allmählich wird der geistig etwas gewachte Arbeiter befähigt, über die einzelnen Fragen des Wirtschaftslebens nachzudenken und dieselben nach den festen Grundrissen christlicher Sozialpolitik zu beurteilen. Die Verteidigung unserer Stellung als christliche Gewerkschafter erfordert es, daß wir uns gewerkschaftliche und volkswirtschaftliche Kenntnisse aneignen. Eine geistig tiefstehende Arbeiterchaft ist nicht in der Lage, wirtschaftliche Erfolge zu erringen und noch viel weniger, dieselben dauernd festzuhalten. Ich brauche dabei wohl nur an die Ausarbeitung und Ueberwachung von Tarifverträgen zu erinnern. Deshalb, Kollegen, besucht in diesem Herbst und Winter fleißig die Unterrichtsvereine. Habt Ihr keinen Kursus am Orte, so gründet einen, wenn Ihr einen befähigten und geeigneten Leiter bekommen könnt. Mag der Verstoß in der ersten Zeit auch etwas trocken erscheinen, gar bald habt Ihr Euch damit vertraut gemacht, und dann werdet Ihr im Unterrichtsvereine nicht nur Euer nächstes, sondern auch Euer angeheimes Stunden verbringen. Als ich vor Jahren zum erstenmal den Unterrichtsvereine besuchte, da konnte ich mich zuerst auch nicht recht an den Gedanken gewöhnen, nochmals die „Schulbank“ zu besuchen, aber der Appetit kam mir, wie so manchem, während des Essens. Und wenn heute zufällig mein Blick auf ein bestimmtes Bild in meinem Zimmer fällt (wir Teilnehmer haben uns zusammen photographieren lassen), dann denke ich mit stiller Behaupt an meine „erste Studienzeit“ zurück. So mancher Kollege hat im kleinen örtlichen Unterrichtsvereine seine ersten gewerkschaftlichen Geheißer empfangen, der heute als Gewerkschaftsführer im Dienste der Arbeiterchaft steht. Wollen wir den Arbeiterstand heben, so müssen wir uns erst selbst die nötigen Kenntnisse aneignen, und diese können wir uns im Unterrichtsvereine erwerben.

zurückberufen worden sind zum eigenen wie ihrer Angehörigen wirtschaftlichen Vorteil. Das muß besonders festgehalten werden gegenüber den Versuchen der Sozialdemokratie, wie unsere gesamte Versicherungsgebarung, so in besonderem Maße die Heilbehandlung Tuberkulosekranker durch die Versicherungsträger zu betreiben. Gleichwohl wäre zu erwägen, ob nicht zweckmäßig in die Statistik der Heilbehandlung eine Uebersicht über die Fälle, in denen von seiten der Versicherungsträger eine Heilbehandlung verweigert wird, mit Begründung aufgenommen würde. Dann würde sich event. entscheiden lassen, ob die Heilbehandlung dem Bedürfnis faktisch genügt oder ob in ihr auch entschieden weitere Fortschritte gemacht werden müssen.

Gewerkschaftliche und soziale Rundschau.

Eine erneute Kundgebung für die christl. Gewerkschaften.

In einer, von über 1000 Personen besuchten Arbeiterversammlung, welche am 18. Oktober im Paulushaus zu Düsseldorf tagte, empfahl der Herr Kardinal Fischer von Köln die christlichen Gewerkschaften mit folgenden Worten: „In Düsseldorf sind noch nicht ganz 2000 Arbeiter in christlichen Gewerkschaften organisiert. Diese Zahl hat mich betrübt. Es muß alles daran gesetzt werden, die christlichen Gewerkschaften zu stärken.“

Zur Wahrheit über die Niederlage der Kölner sozialdemokratischen Holzarbeiter.

Der von dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverband in Köln gegen den ausdrücklichen Beschluß des christlichen Verbandes proklamierte Zustand der Bau- und Maschinenarbeiter hat bekanntlich nach achtwöchentlicher Dauer mit einer vollständigen Niederlage der durch die Streikaktion der „freien“ Gewerkschaften irreführten Arbeiter geendet. Die sozialdemokratische Presse war während des Kampfes mehrmals von Schimpfstrümpfen gegen den christlichen Verband befallen und verweigerte ihren Lesern gewaltsam die Wahrheit über die Mitgliederzahl genannter Organisation. Stets wurde der Unfug erweckt, als habe der christliche Verband im Kölner Gebiet nur 135 Mitglieder, in Wirklichkeit waren es bei Beginn des Kampfes über 800. Hätten diese sich gegen ihren eigenen Beschluß dennoch den Streik vom sozialdemokratischen Verband aufstrotzieren lassen, kein Mensch hätte vor den christlichen Holzarbeitern Kölns mehr Respekt haben können. Sie hätten sich damit selbst zum Schlepptier des sozialdemokratischen Verbandes begründet. Der Unmut, der christliche Verband habe kurzerhand das anzuführen, was der sozialdemokratische Verband zu beschließen für gut befindet, mußte ganz entschieden die Spitze geboten werden. Und dazu lag alle Veranlassung vor. Schon im Jahre 1903 inszenierte der sozialdemokratische Verband in Köln eine Lohnbewegung, ohne sich vorher mit dem christlichen Verband zu verständigen. Im sozialdemokratischen Lokalkomitee wurde damals mehrfach zu Vertrauensmännereinführungen eingeladen, in welcher die Forderungen an die Arbeitgeber formuliert werden sollten. Als der christliche Verband, durch diese Machinationen gezwungen, selbständig Forderungen aufstellte, zog sich der sozialdemokratische Verband von der Bewegung zurück.

Im vorigen Jahre ließ der sozialdemokratische Verband auf mehreren Werkstätten die Arbeit niederlegen, ohne dem christlichen Verband Mitteilung zu machen; trotzdem sperrte auch letzterer die betreffenden Betriebe. Als es später zu Verhandlungen kam, verlangten die Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes im Beisein der Arbeitgeber die Entfernung der Vertreter des christlichen Verbandes. Die sich daran anschließenden Debatten zwischen den Vertretern der beiden Verbände veranlaßten die Arbeitgeber abzutreten, mit der Mahnung, erst müßten sich die Arbeiter unter sich verständigen. Es war dies ein Keulenschlag für die sozialdemokratischen Vertreter, deren Haß gegen den christlichen Verband selbst nicht davor zurückblieb, vor den Arbeitgebern das Schauspiel der Uneinigkeit der Arbeiter aufzuführen.

Sollte sich nun in diesem Jahre der christliche Verband nochmals die Manöver von sozialdemokratischen Verbänden diktieren lassen? Die Mitglieder des christlichen Verbandes müßten keinen Funken Selbstachtung mehr besitzen, hätten sie anders gehandelt wie geschehen. Nicht dem christlichen Verband, sondern der Unbilligkeit und dem Machtmissbrauch der Führer haben die sozialdemokratischen Holzarbeiter ihre Niederlage zu verdanken. In dieser Tatsache vermag der Gebrauch des Schimpfstrümpfers in der sozialdemokratischen Presse nichts zu ändern. Nebenbei sei noch bemerkt, daß die christlichen Gewerkschaften im letzten Jahre rund 800.000 M. für Kampfe veranlagten, womit jedenfalls besser als durch Worte das sozialdemokratische Streikbrechergeschrei abgetan ist.

Also doch

Die Reformbestrebungen der bürgerlichen Sozialreformer kommen nach der Meinung der Herren vom Scharfauacherverband zu drei Vierteln der Sozialdemokratie zu gute. Die Stärkung der Arbeiterberufsvereine soll nur eine Stärkung der Sozialdemokratie bedeuten. Mit derartigen Redensarten suchen die Herren Buß und Genossen gegen die Arbeiterorganisationen scharf zu machen. Unter Umständen wissen die Herren es aber auch anders. In der „Deutschen Arbeiterzeitung“ heuchelt sich Dr. Synkeus mit der Kritik, welche der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ am Jänner Parteitag übt. Bezüglich der Stellung des Buchdruckerverbandes zur Sozialdemokratie schreibt Dr. Synkeus: „Es ist wahr, daß das Buchdruckerorgan die Befehle der Ausführungen kräftig zerpflückt hat, aber für die bürgerlichen Parteien, insbesondere für die Arbeitgeber liegt hierin nicht der mindeste Grund, ein Friedensgespräch anzustimmen oder sich gar in falsche Sicherheit und Unzulassung einzulassen. Eritens ist zu bedenken, daß es doch zunächst nur ein Organ der Gewerkschaftspresse ist, welches sich mit der Jena proklamirten Revolution nicht einverstanden erklären will. Ein Organ, welches schon von jeher eine Sonderstellung einnimmt, und zwar aus guten Gründen, denn die Buchdrucker haben in ihrem Verhältnis zu den Arbeitgebern wirklich schon so viel erreicht, daß ihnen viel zu fordern nicht mehr übrig bleibt. Sie sind wirtschaftlich gut gestellt, und das intellektuelle Niveau, das die Mehrzahl der Arbeiter auf diesem Gebiete von Berufs wegen erreicht, läßt sie den Widerstand einer gewalttätigen Aufseher gegen die bestehende Gesellschaft, wenn nicht erkennen, so doch wenigstens ahnen.“

Vor Tisch las es sich anders. Da war es ein Phantom der bürgerlichen Sozialreformer, das anständig gelohnte und gebildete Arbeiter für die Sozialdemokratie nicht zu haben seien. Wollen die Herren Buß, Synkeus usw. ihren Teil dazu beitragen, die Arbeiter von der Sozialdemokratie fernzuhalten, so werden sie ihren eigenen Einfluß dahin geltend machen, daß die Arbeiter „wahrlich“ gut gestellt und das intellektuelle Niveau“ derselben gehoben wird.

Dem Zehnstundentag

innerhalb der gesamten deutschen Industrie tritt jetzt der Zentralverband Deutscher Industrieller in einem Rundschreiben näher. In Hinsicht auf die Frage einer Herabsetzung der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit von elf Stunden für weibliche Arbeiter auf zehn Stunden wird in dem Schreiben zunächst auf die durch wiederholte Bestrebungen zur Einführung eines gesetzlichen Arbeitstages von zehn Stunden für weibliche und jugendliche Arbeiter von 14—18 Jahren veranlaßten Kundgebungen dieses Verbandes vom 16. Januar 1903 und 5. Mai 1905 für Verbeihaltung der jetzigen gesetzlichen Bestimmung verwiesen. Es wird vor allem hervorgehoben, daß die im Zentralverband fast vollständig vertretene Textilindustrie, besonders auch die Baumwollspinnerei und -Weberei, entschieden Stellung gegen die in Rede stehende Kürzung der Arbeitszeit genommen hatte, weil sie, gesetzlich eingeführt, eine zehnstündige Arbeitszeit auch für die männlichen Arbeiter und somit für den ganzen Betrieb den Zehnstundentag zur Folge haben würde. In dem Rundschreiben heißt es nun weiter:

„Im Juli dieses Jahres ist von einer Anzahl Baumwollspinner und -Weberei in Augsburg der Beschluß gefaßt worden, mit dem 1. Januar 1906 in ihren Betrieben die zehnstündige Arbeitszeit freiwillig einzuführen und gleichzeitig die Löhne um 10% zu erhöhen. Es ist zur Kenntnis des Direktoriums gelangt, daß dieser Beschluß in dem Gebiete des Vereins sächsischer Baumwoll-Industrieller nicht allgemeine Zustimmung gefunden hat, daß aber voraussichtlich die sächsischen Spinnereien und Webereien dem Vorgange der Augsburger Industriellen folgen werden. Das Direktorium des Zentralverbandes ist der Überzeugung, daß nach diesem Vorbild auch die übrigen deutschen Baumwollbezirke, ja, wohl auch die gesamte deutsche Textilindustrie die Einführung des Zehnstundentages in ihren Betrieben nicht werden aufhalten können. Die Leitung des Zentralverbandes will daher ermitteln, ob sich in der Zwischenzeit die maßgebenden Verhältnisse so erheblich geändert haben, daß die frühere Stellungnahme des Zentralverbandes nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, und ob auch die übrigen Industrien, die 57% weiblicher Arbeiter beschäftigen, mit der nur 43% beschäftigenden Textilindustrie in der von einem bedeutenden Teil dieser jetzt bekundeten Auffassung der Frage übereinstimmen.“

Es wäre nur zu wünschen, daß die eigentlich überflüssigen Erörterungen — denn daß eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit infolge der dadurch erhöhten Leistungsfähigkeit der Arbeiter durchaus auch im Interesse der Arbeitgeber liegt, ist durch einwandfreie Bezeugen längst erwiesen — endlich den allgemeinen Zehnstundentag in Deutschland zur Durchführung bringen.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreigigkeiten.

Wirkath.

Die ausständigen Arbeiter der Firma Gesellschaft für Textilindustrie Wirkath sowie auch diejenigen der Firma S. J. Brunner zu Hochneudorf haben das kgl. Gewerbegericht als Einigungsamt anrufen. Die gegenwärtigen Verhältnisse in den beiden Betrieben bringen noch manche Schwierigkeiten hervor. So wird erzählt, daß ein Angestellter in Wirkath von den Arbeitern in einer Kiste sitzend entdeckt worden sei, welcher sich dieses merkwürdige Mißgeschick ausgesucht habe, um ihre Geiseln während der Pausen zu belauschen. Natürlich sei das Halloh der Arbeiter über diese seltsame Entdeckung groß gewesen. Bisher haben die Ausständigen mühsamste Ruhe bewahrt, ein Einschreiten der Polizei ist noch nicht erforderlich gewesen. Umso mehr mußte es daher auffallen, daß, als die Arbeiter am Donnerstag ihren verdienten Lohn von der vorigen Woche in Empfang nahmen, dieser in Gegenwart des Gesundheitsamtes ausbezahlt wurde. Daß durch derartige Maßregeln die Stimmung der Arbeiter nicht verbessert wird, ist leicht erklärlich.

Der hier stationierte Gesundheitsamt scheint für das Wohlergehen der Firma sehr besorgt. In Zivil erschien er in der vorigen Woche in der Wohnung eines Arbeiters, der sich mit im Auslande befindet, und teilte diesem mit, daß er bei der Firma Brunner wieder anfangen könne. Seinen 14-jährigen Sohn könne er dann auch mitbringen. Wer wird nun noch glauben, daß er von der Firma nicht gefaßt war? Die in Wirkath im Auslande befindlichen Arbeiter suchen der Beamte sogar beim Postenstehen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Sein Behauptungsmaterial schöpft er aus einer von der Firma aufgestellten Liste, worin sogar der Verdienst von vielleicht einem Duzend der besten Arbeiter aufgeführt ist. Wir erlauben uns zum Schluß die Frage: Stellt hierzu der Staat seine Beamten an, und wird durch solches Verhalten das Vertrauen der Arbeiter zur Obrigkeit gefördert?

Mitteilungen aus dem Verbandsgebiete.

Borghorst. (Warnung.) Als seiner Zeit (vor ungefähr zwei Jahren) bei der Firma Arnold Bock hier selbst die Ausrüstung angekündigt wurde, stoh alles unter das schützende Dach der Organisation. Nach und nach vertieften jedoch die Arbeiterinnen, bis auf wenige, das schützende Dach wieder. Jetzt, nachdem die Arbeiterinnen vollständig machtlos sind, wird ihnen eine Lohnreduktion von ungefähr 8% angeboten. Ob die Arbeiterinnen jetzt einsehen werden, daß sie den Verbandsbeitrag zu ihrem eigenen Schaden gepart haben?

Unsere außerordentlich zahlreich, auch aus Bürgerkreisen besuchte Versammlung am 15. Oktober wurde vom Kollegen Klosterkamp geleitet. Als Referent war Redakteur Köhling-Düsseldorf erschienen. Der ebenfalls erwartete Bezirksvorsitzende war leider verhindert. Der Referent behandelte zunächst das aktuelle Thema, „Der Zehnstundentag“ und beleuchtete dasselbe vorerst vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus, betonend, daß wir diese Forderung nicht aufgestellt hätten, wenn unsere heimische Industrie dadurch Konkurrenzunfähig gemacht würde, denn die Arbeiter hätten am Gebiete der Industrie ein ebenso großes Interesse wie die Unternehmer; die christlichen Arbeiter speziell seien nicht so dumme und sagten den Akt ab, auf dem sie saßen. Redner führte mehrere Beispiele an, wo die Unternehmer selbst erklärt hätten, daß sie mit der Einführung des Zehnstundentages sehr zufrieden seien, ja, daß schon viele Unternehmer unter den Zehnstundentag hervorgegangen seien. Ferner führte der Referent aus, daß es sich nicht um die Einführung, sondern um die allgemeine Durchführung des Zehnstundentages handle, weil schon 53% der Betriebe die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt hätten. Sodann ging Kollege Köhling zu den Aufgaben der christlichen Gewerkschaften über und geißelte insbesondere die große Dummheit derjenigen Arbeiter, welche sich aus Kleinlichkeiten der Gewerkschaft fernhielten. Zum Schluß plaidierte Redner in begeisterten Worten für den Anschluß an die christlichen Gewerkschaften. Nicht erdenklicher Weise belohnte den Redner für seine gediegenen Ausführungen.

Nach einer kleinen Pause sprachen sich die Kollegen Klosterkamp, Fegees und Redner in Bezugnahme auf die hiesigen Verhältnisse in entschiedener Weise im Sinne des Referenten aus.

NB. Die Vertrauensleute werden gebeten, die ausgefüllten Formulare von den Mitgliedern in Empfang zu nehmen und an den ersten Schriftführer abzugeben.

Coesfeld. Unsere Mitgliederversammlung vom 13. Okt. war gut besucht. Kollege Henning erstattete den Rapport für das dritte Quartal. Kollege Etrot gab den Bericht der Krankengeldzusicherungskasse. Beide wurden einstimmig entlassen. Hierauf hielt der Vorsitzende einen instruktiven Vortrag über das Thema: Arbeits- oder Arbeiterkammern. Nach dem schön ausgearbeiteten Vortrage war man sich im allgemeinen darüber einig, daß nur durch Arbeiterkammern Vorteile für die Arbeiter zu erreichen seien. Ueber die stattgefundenen Bezirkskonferenzen berichtete Kollege Noters. Gerade in unserem Bezirk, so führte er aus, müsse eine rege Agitation entfaltet werden, denn von mindestens 16.000 Textilarbeitern wären bis heute nur 1800 organisiert. Sodann wurde beschlossen, jedesmal am Schluß des Quartals die Ausgetretenen zur Verlesung zu bringen, welches vom Schriftführer gleich besorgt wurde. Nachdem noch einige interne Sachen besprochen und der Vorsitzende mitgeteilt hatte, daß am Sonntag, den 12. November eine große Versammlung, in der Herr Redakteur Bivot von Greven und Gewerkschaftssekretär Vensing-Hocholt sprechen würden, abgehalten werden soll, wurde die Versammlung geschlossen.

Dülken. Am 15. Oktober hielt unsere Ortsgruppe eine Generalversammlung ab. Nachdem vom Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal vorgelesen war und die anwesenden Revisoren erklärten, Kasse und Bücher in Ordnung befunden zu haben, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Bezüglich der Krankenunterstützung wurde den Mitgliedern klargelegt, daß der Krankengeldzuschuß jeden Samstag von 12—1 Uhr mittags unter Vorzeigung des Krankenscheines und des Quittungsbuchs, welches in Ordnung sein muß, beim Kassierer ausbezahlt wird. Zum folgenden Punkt: „Was soll geschehen, um die christliche Gewerkschaft zu fördern“, wurde vom Präses des katholischen Arbeitervereins, der uns mit seinem Besuche beehrt hatte, betont, man solle in nächster Zeit mal mit verschiedenen Berufsvereinen zusammenkommen und beraten, was eigentlich geschehen soll, um die Agitation der christlichen Gewerkschaften zu fördern.

Düren. Die am 16. Okt. zu Vendersdorf seitens des Kartells einberufene Versammlung war sehr gut besucht. Von Kollege Zimmermann wurde das Thema behandelt: „Christentum, Arbeiterpflichten und Arbeiterrechte.“ Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe voll und ganz. Darauf hielt Gewerkschaftssekretär, Kollege Schwarz-Adl noch eine längere Ansprache. Als zweiter Redner sprach Kollege Schönbrenner über Gewerbegerichte. Er behandelte in klaren Darlegungen das Gesetz über die Gewerbegerichte und die einzelnen Bestimmungen desselben. Hierauf schloß sich eine lebhaft diskutierte Sitzung an.

NB. Es werden die Kollegen schon hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß die Wahlen zum Gewerbegericht Freitag, den 17. November stattfinden. Für Düren, Viersdorf und Mörsdorf ist die Wahlzeit morgens von 10 bis 1 1/2 Uhr, nachmittags von 5 bis 8 1/2 Uhr; für die ländlichen Wahlorte bloß nachmittags von 5 bis 8 1/2 Uhr.

Eitorf a. d. Sieg. Auch im Siegerlande faßt die christliche Gewerkschaftsbewegung immer mehr Fuß. Am Sonntag, den 22. Oktober fand in Eitorf eine öffentliche Versammlung für die Arbeiter aller Berufe statt. Kollege Köhling-Düsseldorf sprach in der überfüllten Versammlung über die Notwendigkeit des Zusammenstehens und die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. Anknüpfend an dieses Referat erwähnte Bezirksleiter Döring vom christlichen Metallarbeiterverband, die Anwesenden, geschlossen den christlichen Gewerkschaften beizutreten. Das Resultat der Versammlung berechtigt zu den besten Hoffnungen. Neben einer Reihe von Metallarbeitern, welche dem Metallarbeiterverbande beitraten, hatten wir für unsern Verband allein 35 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Hoch das Banner der christlichen Gewerkschaften! so wird auch jetzt in Eitorf die Parole lauten.

Ensdorfen. Eine sehr zahlreich besuchte Versammlung fand am 15. cr. bei Wilsch-Lanmann statt. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt, referierte der Bezirksvorsitzende, Kollege Camps, über die letzten Vorkommnisse innerhalb der Ortsgruppe, wobei die Angelegenheit bei der Firma Schilgen besonders ausführlich behandelt wurde. Es war letzteres besonders notwendig, weil hierüber unwahre Berichte veröffentlicht waren. Wenn auch die Mitglieder den wahren Sachverhalt wußten, so war es doch notwendig geworden, in der Versammlung nochmals alles klar zu stellen, und wurden auch von dieser die Maßnahmen des Verbandes als die richtigen anerkannt.

Eine schöne Ansprache hielt auch das Vorstandsmitglied, Kollege Vekrup. Er mahnte zur Kollegialität, Treue und zum Opferstum. Kollege Meiners besprach dann noch eine örtliche Angelegenheit, die viel diskutiert war. Jedenfalls kann nun auch dieses als erledigt betrachtet werden. Es wurde noch die Abhaltung eines Familienabends angeregt und im Prinzip beschlossen, eine Weihnachtsfeier zu veranstalten. Der Unterrichtslehre soll am Samstag, den 28. Oktober, bei Lanmann wieder beginnen, mögen die Mitglieder sich wieder zahlreich beteiligen.

Ennen. Den Mitgliedern diene zur gefälligen Kenntnisnahme, daß der Unterrichtslehre jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, im Lokale Bremer, Neustraße, von 10 bis 12 Uhr morgens stattfindet. Die Kollegen, ganz besonders die jüngeren, werden gebeten, sich zahlreich an denselben zu beteiligen. Anmeldungen nehmen die Vorstandsmitglieder entgegen. Die erste Sitzung findet am 12. November statt.

Ensfirchen. Unsere Mitgliederversammlung am 15. Okt. wurde vom zweiten Vorsitzenden, Kollegen Ley, eröffnet und geleitet. Derselbe erstattete Bericht über die neue Zusammensetzung des Vorstandes und machte bekannt, daß der erste Vorsitzende, Kollege Breuer, dringend verhindert sei, die Versammlung zu leiten. Nachdem der Kassierer den Bericht vom dritten Quartal erstattet, wurde demselben Entlastung erteilt. Sodann wurden die Termine zur Abhaltung der Agitationsversammlungen bekannt gegeben. Die mit dem 1. Okt. in Kraft getretene obligatorische Krankenunterstützung an Erwerbsunfähige wurde erklärt. Weiter wurde über die vom christlichen Gewerkschaftskartell beschlossenen Unterrichtslehre Mitteilung gemacht und hervorgehoben, daß dieselben wahrhaftig, um Kosten zu sparen, von dem Gewerkschaftskartell, dem kath. Arbeiterverein Unita und dem kath. Volksverein gemeinschaftlich abgehalten werden. Es wurde zu reger Beteiligung an denselben dringend eingeladen. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Als dem Schaf. „Eine Mohrenwäsche.“ Unter dieser Rubrik brachte Genosse Kräßig in der sozial. „Wäch.“ Volkstg. ein längeres von Verdächtigungen und Verleumdungen strotzendes Editorial bezüglich der Haltung der Christlichen während der Lohnbewegung in Maritzsch, das den Emigranten und Redner des „wahren Christentums“ zur Genüge charakterisiert. Zunächst wird da wiederum die von uns schon öfters als unredliche Behauptung aufgestellt, die Christlichen hätten den 10 1/2 Stunden-tag verlangt. Wie haben denn wir hinzuzufügen, daß die erkrankten Kommissionsmitglieder entweder, um mit Genosse Kräßig zu reden, ihre langen Ohren nicht genug aufgemacht und sich getäuscht haben, oder aber sie sind infame Lügner. Ein drittes gibt es

nicht. Die Christlichen haben die zehnstündige Arbeitszeit ohne jede Einschränkung gefordert und diese Forderung in dem Schreiben an die Arbeitgeber kurz begründet. Mit der Unterbrechung seitens der Christlichen ist es also nicht, ebensowenig wie in Mülhausen. Genosse Krätzig spottet auch seiner selbst und weiß nicht wie. Die Christlichen sollen schuld sein, daß der Bechnstundentag nicht bewilligt wurde. Nun sind diejenigen aber nach Krätzig nur ein kleines, zur „vollständigen Bedeutungslosigkeit“ verurteiltes Häuflein von 20 Mann. Das reime sich zusammen wer kann. Ist es da nicht ein armsüchtiges Zeugnis für den „großen, starken, roten Verband“, daß er dieses kleinen Häufleins wegen seine Forderungen nicht ganz durchzusetzen vermochte? Man sähle sich hierzu doch fast genau, wozuwegen man die christliche Organisation auch ignorierte.

Die Christlichen werden sich auch in Zukunft vorbehalten, wenn nötig, selbständig vorzugehen, trotz dem Gezeiter der Krätzig und Genossen. So sehr sie zu einem christlichen gemeinsamen Vorgehen mit den „freien“ Gewerkschaften bereit sind, falls es gilt berechnete Arbeiterinteressen zu vertreten, so sehr verbietet ihnen auch die Selbstachtung, den Genossen nachzulassen und den Schutz zu lassen, der ihnen Schritte zu versehen versucht. Die Verantwortung für die Folgen haben jene zu tragen, die ein gemeinsames Vorgehen unmöglich machen. Seitens der Genossen erstreckt man durch die in Mülhausen eingeschlagene Taktik nichts weniger als die Verantwortung der christl. Gewerkschaften. Das gibt Genosse Krätzig selbst indirekt zu. Bisher wurde in allen Variationen in die Welt hinausposaunt, das Verhalten der christlichen Führer bei den letzten Vorgängen in Mülhausen sei die Ursache, weshalb man mit den Christlichen nichts mehr gemein haben wolle. Jetzt macht aber Genosse Krätzig das interessante Eingeständnis, daß man aus prinzipiellen Gründen, weil man nicht einsehen kann, „daß es die Arbeiter anders machen sollen, wie die Unternehmer, die nur in einer Organisation vereinigt sind“, von einem gemeinsamen Vorgehen nichts wissen will. Also hier haben wir. Weil wir, unsere Überzeugung hochhaltend, uns christlich organisierten, des wegen der Kampf gegen uns. Wir haben dies stets betont. Die gegenseitige Behauptung der Genossen war pure Heuchelei. Wie sind Herr Krätzig für diese Charakterisierung der eigenen Person durch dieses offene Geständnis recht dankbar. Die Bezeichnung als Schutztruppe des Unternehmertums, wie auch die übrigen verächtlichen Unterstellungen lassen uns kalt. Haben vielleicht die Christlichen bei dem vor zwei Jahren in Eßlingen bei der Firma Gimpel ausgebrochenen, 6 Monate andauernden Streik nicht mindestens ebenso fest gestanden wie die „Alleinberechtigten“? Walo sind wir Klassenkämpfer, die von den Unternehmern genau so behandelt werden wie die Genossen, bald sind wir eine Schutztruppe des Unternehmertums. Vor einigen Wochen drohte die Betriebsleitung der Spinnerei und Weberei in Hüttenheim, die sich christlich organisierten Arbeiter auf Pfosten zu werfen, tatsächlich wurden auch zwei Kollegen gemahnt. Krätzig erklärte der Forderungswahlige Streik auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Mannheim, die christlichen Gewerkschaften als gefährlicher wie die sozialdemokratischen Organisationen, und heute kommt wieder ein Genosse und bezeichnet uns als Schutzhunde des Unternehmertums.

„Arbeitslosigkeit“, „sich mit fremden Federn schmücken“, „Aufgeblasenheit“ wieft dann der Emisionar weiterhin den Christlichen vor. Und warum? In einer am 20. September in der „Landeszeitung“ erschienenen Notiz wurde bemerkt, wenn die Fabrikanten mit Rücksicht auf die Christlichen die 10 1/2 statt zehnstündige Arbeitszeit bewilligt haben, so könne man bei dieser angeblichen Maßnahme konsequenterweise auch die Bewilligung der übrigen Forderungen auf das Konto der Christlichen setzen. Nun haben aber letztere den Bechnstundentag gefordert. Nur sozialdemokratische Verbredungskunst kann nach dieser Sachlage das Bestreben, „sich mit fremden Federn zu schmücken“, aus obiger Bemerkung herauslesen. Die Christlichen haben ihre Forderungen einfach in der Absicht eingereicht, zu zeigen, daß auch sie eine Verkürzung der Arbeitszeit und Aufbesserung der Lohnverhältnisse für notwendig erachten und um nach ihren Kräften mit dazu beizutragen, etwas praktisches für die Arbeiter herauszubekommen. Hieran vermögen weder die Verdächtigungen, noch die lächerlichen, persönlichen Anzüglichkeiten des Genossen Krätzig etwas zu ändern.

Am Schluß seines Artikels erlaubt sich Genosse Krätzig den christlich organisierten Arbeitern eine infauste Beschimpfung im Geiste zu schenken, die wir als Gemeinheit bezeichnen müssen. Derselbe schließt sich der seinerzeit in Hünningen getrauten Beschimpfung würdig an. Wer mit derartigen Mitteln kämpft, richtet sich in den Augen eines jeden rechtlich denkenden Menschen selbst. Möge das Treiben der Genossen der christlichen Gewerkschaften noch fern stehenden, christlich gesinnten Arbeiterschaft die Augen öffnen und sie endlich veranlassen, den christlichen Gewerkschaften beizutreten. Genosse Krätzig hat sich ja die Ausrottung der letzteren zum Ziel gesetzt. Wir Londoner. Er ist nicht der erste, der sich in der Wäde eines Totengräbers der christlichen Gewerkschaften getraut. Möge ihm sein Amt nicht allzu langweilig werden.

Fulda. Am 15. Sept. wurde in Fulda eine Gewerkschaftsversammlung abgehalten, in welcher als erster Referent Kollege Röber vom christlichen Maurerverband und als zweiter Kollege Geier sprach. Die Versammlung war von 80-90 Arbeitern und Arbeiterinnen besucht und gerichtet es hauptsächlich den Arbeiterinnen zur Ehre, daß sie recht zahlreich erschienen waren. Kollege Röber verbreitete sich in seinem Referate über die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, deren Notwendigkeit und Nutzen und kam am Schluß auf die Unabkärbarkeit derjenigen Arbeiter und Arbeiterinnen zu sprechen, welche die Vorteile genießen wollen, ohne ihren Verpflichtungen nachzukommen. Kollege Geier sprach dann über die örtlichen Verhältnisse des christlichen Textilarbeiterverbandes, Ortsgruppe Fulda, und führte die Umstände an, welche die Aufwärtsbewegung der Gruppe erschweren. Der Leiter der Versammlung, Kollege Leisch, stellte die Ausführungen der Referenten zur Diskussion. Da sich aber niemand zum Wort meldete, so ergriß er selbst das Wort, um auf die Gegenströmungen hinzuweisen (innere Wählerarbeit), die schon viele Mitglieder irre geleitet habe. Er gab bekannt, daß der Vorstand der Ortsgruppe beabsichtigt sei, alles Mißtrauen unter den Mitgliedern zu beseitigen und zu diesem Zwecke eine Geschäftsordnung aufgestellt habe, welche eine fähige Verbindung zwischen dem Vorstand und den einzelnen Mitgliedern herstelle vermittle der Vertrauensmänner. Diese sollten die Wünsche und Beschwerden der Mitglieder dem Vorstande unterbreiten. Er forderte dann alle auf, sich in der Versammlung offen auszusprechen, damit Klarheit geschaffen und ein gegenseitiges Vertrauen hergestellt werde. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten zur Sprache gebracht waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Giesfeld. Eine öffentliche Versammlung hielten wir am 8. Oktober ab. Der Referent, Kollege Köhling-Düffelhorst, sprach in längerem Vortrage über die Ziele und Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation. In Hand der wirtschaftlichen Entwicklung zeigte der Redner, wie heute die gewerkschaftliche Organisation für jeden Arbeiter und für jede Arbeiterin zur Notwendigkeit geworden ist. Nach einer eingehenden Beleuchtung des sozialdemokratischen Charakters der freien Gewerkschaften schloß der Redner seine Ausführungen. In der Diskussion sprachen die Kollegen Müller und Kommerellinger im Sinne des Referenten. In seinem Schlußwort ermahnte der Redner die Unorganisierten, sich dem Verbands anzuschließen. Seine Worte waren nicht auf unrichtigen Boden gefallen, denn wir hatten eine ganze Reihe von Neuaufnahmen zu verzeichnen.

M. Gladbach. Wie aus dem „Lütticher“ Textilarbeiter ersichtlich, haben in Mülhausen M. Gladbach und Remerci des deutschen Verbandes einen Zweigverein an. In der Nr. 41 ist die Stelle ausgefüllt worden. Nach einem Bericht in Nr. 42 wird das Gelingen von den Mitgliedern in der angegebener Zeit am 408. Geburtstag. Diese haben drei Wochen einen Streikvertrag von 5 W. zu schließen. Wie haben hier wieder, wie unsere Genossen erwartungsvoll sind, was uns zur

Lehre dienen sollte. Nach den Ausführungen, die von den verschiedenen Seiten auf der nur kurzem abgehaltenen Besprechung gemacht wurden, sollte man es für fraglich halten, für denselben örtlich ausgedehnten Bezirk in unserem Verbands ohne Extrabeitrag einen Geschäftsführer zu bestimmen, weil man meint, ein zu großes Opfer bringen zu müssen, wenn man etwas Selbständigkeit aufgibt. Sei man deshalb nicht kleinlich, denn wenn von jener Seite schon für 403 Mitglieder ein Geschäftsführer bedürftig ist, um wie viel größer ist dann bei uns das Bedürfnis, da wir an denselben Orten nach der Abrechnung vom II. Quartal 3000 Mitglieder haben. Wie man von dieser Seite beabsichtigt ist neue Mitglieder zu gewinnen, ebenso müssen auch wir alle Kräfte einsetzen und dafür sorgen, daß unsere Reihen immer und immer mehr erstarken. Das, „dann im Sturmschritt gegen die M. Gladbacher Jesuiten-Hochschule Vordringen“ können wir ruhig an uns herankommen lassen; sorgen wir nur dafür, daß wir ordentlich gewappnet dastehen und den Angriff mit einem Gegenangriff erwidern können.

Kolfermoor. In Verbindung mit einer, vom christlichen Gewerkschaftsstellvertreter öffentlichen Versammlung hielt unsere Ortsgruppe am 15. Oktober ihre Quartalsversammlung ab. Zuerst erstattete Kollege Sommer den Klassenbericht, welcher als mustergerichtig befunden wurde. Hierauf gab Kollege Sommer einen kurzen Bericht über die Bezirkskonferenz in Augsburg. Alsdann erteilte Kollege Fromm dem hochw. Herrn Pfarrer Witt aus Eßlingen das Wort zu seinem Referat. Der Herr Pfarrer verbreitete sich in seinem einseitigen Vortrage über die Notwendigkeit der christl. Gewerkschaften. Kollege Fromm dankte dem Herrn Pfarrer für seine herrlichen Worte und ermahnte die Anwesenden, das Gehörte in die Tat umzusetzen. Wir hatten 5 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Darauf fand die schon verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Krefeld I. Den Mitgliedern zur gest. Kenntnis, daß die erkrankten Mitglieder gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches nebst Krankeneinweisung ihre Unterführung beim Vorstehenden, Herrn Kloenes, Prinzherdendammstr. 110 (I. Etage) in Empfang nehmen können.

Krefeld II. Am 18. Oktober hielt unsere Ortsgruppe ihre vierteljährliche Versammlung ab. Der Vorsitzende begrüßte die Erschienenen, besonders unser Ehrenmitglied, den hochw. Herrn Kaplan Scheidt aus St. Stephan. Der Kassierer, Joh. Dehters, erstattete den Klassenbericht. Dem Kassierer erteilte die Versammlung Entlastung. Den Bericht über die Bezirkskonferenz erstattete Kollege Friedrich Pösch. Hieran schloß sich eine lebhafte Diskussion. Kollege Naumann verlas die Statuten für die soziale Kommission. Als Delegierte für die Kommission wurden die Kollegen Friedr. Reich und Heim. Hodden gewählt. Nunmehr nahm der hochw. Herr Kaplan Scheidt das Wort zu längeren Ausführungen. Zunächst betonte er, daß auch er ein warmer Freund der christlichen Gewerkschaften sei. Es müßte die christlich-nationale Arbeiterbewegung unbedingt gehoben und gefördert werden. Die Angriffe, welche in letzter Zeit gegen die christlichen Gewerkschaften gemacht worden, wies er gebührend zurück. Neben wünschte, daß die Ortsgruppe immer wieder neue Erfolge zu verzeichnen hätte. In den Arbeitervereinen werde er stets sein Bestes tun, die Mitglieder so viel wie möglich den Gewerkschaften zuzuführen. Kollege Friedr. Reich sprach hierauf im Namen der Versammlung den Dank aus für die schönen Worte, die der hochw. Herr Bezirkspräsident der katholischen Arbeitervereine an die Versammlung gerichtet hatte.

NB. Die Wohnung des Kassierers der Ortsgruppe II, Kollegen Joh. Dehters, befindet sich Neue Innenstr. 6. Das Krankengeld wird daselbst Sonntag morgens von 10-11 Uhr ausbezahlt.

Krefeld III. Unsere vierteljährliche Versammlung fand am 15. Oktober statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete der Kassierer, Kollege Daemen, den Klassenbericht, welcher von den Referenten für richtig erklärt wurde. Den Bericht über die soziale Kommission gab der Vorsitzende. Derselbe teilte mit, daß dieselbe gegründet und der Vorstand gewählt sei; die Kommission sei mit dem 1. Oktober in Tätigkeit getreten. Neben bedauerte nur, daß im Vorstand der sozialen Kommission unsere Ortsgruppe als die größte nicht vertreten sei. Die Schuld liege nur daran, daß unsere Versammlung am 10. September so spät besucht war, daß wir keine Delegierten wählen konnten. Die auf der Bezirkskonferenz vom Zentralvorsitzenden Schiffer gegebene Anregung, einen Teil der Gelder des ersten Verbandsbezirks der Zentralstelle zu überweisen, wurde einstimmig abgelehnt. Derselbe schloß der Vorsitzende die schickte beehrte Versammlung. Kollegen, besucht doch besser die Versammlungen!

Lauterbach. In unserer Mitgliederversammlung am 15. Oktober waren alle Mitglieder anwesend. (So muß es auch sein. D. N.) Vier Neuaufnahmen wurden gemacht. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Lohnfrage, 2. Wahl der Mitglieder für den Arbeiterausschuß, 3. Wahl eines Vertrauensmannes, 4. Extrabeitrag. Der erste Punkt wurde vertagt. Zu Punkt zwei wurden die Kollegen Joh. Schmalz, Herrn. Rodel, Georg Mihm, Konrad Weigel und Joh. Cidenauer als Ausschussmitglieder gewählt. An Stelle des zum Militär eingezogenen Kollegen Heinrich Mihm wurde Konrad Weigel einstimmig gewählt. Zur Erhebung von Extrabeitrag erklärten sich die Mitglieder bereit und bringen in Vorschlag: einen ständigen Extrabeitrag von 20 Pfg. monatlich zu zahlen.

Seehausen. An Stelle des zurückgetretenen Kollegen Koller wählten wir in unserer Versammlung am 7. Okt. den Kollegen Weiler zum Vorsitzenden. Die Verteilung des Quartalsabzuges hat ein recht erfreuliches Bild. In Verbindung des Bezirksvorsitzenden Striedel referierte Kollege Lang über die Lehren, welche sich für die Arbeiter aus den großen Wirtschaftskämpfen des Jahres 1905 ergeben. An das Referat schloß sich eine längere und lebhafte Diskussion. Daraus schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Neuzelle. Am 15. Oktober tagte unsere Quartalsversammlung, welche vom ersten Vorsitzenden eröffnet wurde. Derselbe gab der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal bekannt. Dann wurden den Mitgliedern die Namen der Vertrauensmänner in den Fabriken bekannt gegeben. Unter Punkt Berichtes wurde zuerst die Lohnfrage der Webereien verschiedene Mißstände in den Fabriken und wurde hauptsächlich über zwei Fabriken diskutiert, wie den dortigen Mißständen abzuhelfen sei. Die Versammlung beschloß, Fabrikversammlungen abzuhalten und die Sache klar zu legen. Des weitern wurde vom ersten Vorsitzenden angelegt: Anschaffung der Speyer Kongressbücher. Auch wurden die Mitglieder auf das neue Krankenunterstützungskomitee aufmerksam gemacht. Nachdem noch verschiedene andere Sachen erledigt waren, folgte Schluß der Versammlung.

Meßmann i. Gsch. Wie in den meisten Städten des Gsch. so haben sich auch hier die christlich-gemeinen Arbeiter zusammengeschlossen, um ihren Teil an der Besserung der Arbeiter beizutragen. In diesem Zwecke bedürfen wir der Mitarbeit der noch fernstehenden Arbeiter. Um dies aber unsere Bestrebungen aufzuklären, hatten wir am 15. Oktober eine öffentliche Versammlung ab. welche sehr reichlich besucht war. Kollege Gsch. Müller sprach über das Referat überkommen. Derselbe behandelte das Thema: „Die christlichen

wir unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen?“ Nachdem der Referent seine Ausführungen unter reichem Beifall beendet, ergriff der Herr Vikar Köhler aus M. Thaum das Wort und legte den Unterschied zwischen den „freien“ und den christlichen Gewerkschaften klar. Darauf besprach Kollege Stronach die Hindernisse, welche sich der Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften entgegenstellen. Die drei Redner richteten zum Schluß einen warmen Appell an die Anwesenden, sich zu organisieren. Ueber 20 Kollegen traten dem Verbands bei. Und nun, Kollegen, eifrig an die Arbeit für die weitere Ausbreitung unseres Verbandes!

St. Lönis. Am 9. Oktober fand hier selbst eine Mitgliederversammlung unserer Ortsgruppe statt. Auf derselben wurde seitens des Vorsitzenden der beiden verstorbenen Mitglieder gedacht und wurde das Andenken derselben durch Erheben von den Sigen geehrt. Gleichzeitig wies der Vorsitzende darauf hin, daß in einem Falle 40 und in einem Falle 60 M. an Sterbegeld ausbezahlt worden wären. Ebenso wurde bekannt gemacht, daß durch die in Kraft getretene Beitragserhöhung kein Mitgliederverlust eingetreten wäre, im dritten Quartal wären wieder 15 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Seitens des Kassierers wurden die Ein- und Ausgaben des ersten halben Jahres vorgelesen. Ueber die Auszahlung des mit dem 1. Oktober inkraft tretenden Krankengeldzuschusses wurden seitens des Vorsitzenden zwei Wege vorge schlagen. Erstens könnten die erkrankten Mitglieder ihren Krankenschein Freitag morgens vom behandelnden Arzt unterschreiben lassen und dann Freitag abends auf Grund dieser Bescheinigung das Krankengeld erheben, oder die erkrankten Mitglieder müßten eine Bescheinigung ihres Arbeitgebers beibringen, daß sie krank und erwerbsunfähig gewesen wären, dann könnte das Krankengeld Samstag oder auch Sonntag morgens erhoben werden. Nach längerer Diskussion wurde der erste Vorschlag einstimmig angenommen. Bei der nun folgenden Revisionenwahl wurden die Kollegen Karl Reichhoff und Gottfried Albenkirch gewählt.

Seitens des Vorsitzenden wurden nun noch praktische Vorschläge betreff der Agitation gemacht, welche allgemeinen Anklang fanden und welche ebenfalls eine rege Diskussion hervorriefen, am 22. November (Büh- und Vertag) eine öffentliche Versammlung abzuhalten und wurde der Vorstand beauftragt, das nötige dazu zu veranlassen. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Wittenheim. Seit dem 4. Aug. besteht auch hier eine Ortsgruppe unseres Verbandes. Am 23. Juli fand die erste Zusammenkunft statt und traten gleich eine Anzahl Mitglieder dem Verbands bei. Eine weitere Besprechung fand am folgenden Mittwoch statt, Kollege Fischer-Mülhausen machte die Anwesenden mit den Einrichtungen unseres Verbandes bekannt. Darauf wurden die Vertrauensleute bestimmt. Die Versammlungen finden jeden ersten Samstag im Monat im Lokale der Wirtschaft Ludwig Hämmig statt. Mögen unsere Wittenheimer Kollegen tüchtig arbeiten, damit sich unsere Ortsgruppe mehr und mehr emporhebt.

Briefkasten.

Des Feiertages (Mittwoch, 1. November) wegen werden die Kollegen ersucht, Ihre Einsendungen für die nächste Nummer einen Tag früher zu bewerkstelligen.
Die Redaktion.

Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen, besucht stets unsere Versammlungen! Es ist eure Ehrenpflicht!

- Barmen. 28. Okt. 8 1/2 Uhr, bei Martin, Parlamentstr. 3.
- Bismarckberg. 5. November, 6 Uhr, bei Joh. Cremer.
- Beitrag. 5. November, 6 Uhr, bei Ludwig Döhmen.
- Bocholt. 29. Oktober, 5 Uhr, bei Franz Jüngling, Arbeiterinnenberf.
- 29. Oktober, 5 Uhr, im Lokale „zum Großen Kurfürsten“.
- Brevel. 29. Okt. 5 1/2 Uhr, bei Hubert Janßen, Viehh.
- Corschenbesitz. 29. Okt. 6 Uhr, bei W. Hötges, öffentl. Verf.
- Cornellmünster. 5. Nov. 5 1/2 Uhr, bei W. Schürmann, Dreinig.
- Eiserberg i. B. 9. Novemb., 8 Uhr, bei Peter Schepf.
- Fischeln. 5. November, 11 Uhr, bei Heinrich Müller.
- Forst i. L. 28. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Lokale „zur Warte“.
- Greven. 29. Oktober, nach dem Hochamte bei Ww. Winninghoff.
- Güterstsh. 5. Nov., 4 1/2 Uhr, bei Georg Puffschner, öffentl. Verf.
- Glanbach. 4. November, abends, im Meißnerhaus.
- M. Gladbach-Kirchstr. 28. Okt. 8 1/2 Uhr, bei Heinrich Fieischer.
- Garbterbroich-Besch. 28. Okt. 8 1/2 Uhr, bei Langenfeld.
- M. Gladbach-Gieken. 29. Okt. nachm. 4 Uhr, bei Grates, Altsstraße 40, Kaffeetränken, wozu höchst eingeladen wird.
- Gaan. 29. Oktober, 11 1/2 Uhr, bei Peter Kraushinkel.
- Gerunges-Dahl. 29. Okt., 6 Uhr, bei Schuhmacher, Buscherstraße.
- Gimmern. 29. Okt., 4 1/2 Uhr, bei Flossbach, „zur Imbe“.
- Kettentisch. 29. Okt., 5 Uhr, bei Lieberich-Kruppenberg.
- Krefeld I. 29. Okt., 11 1/2 Uhr, in der „Mitras“ oben, Generalverf.
- Krefeld V. 28. Okt., 9 Uhr, bei Aug. Bider. (Zohannsburg).
- Lörrach-Stetten. 29. Okt., 3 Uhr, im Lokale „zum Löwen“.
- Lörrach-Sietten. 5. Nov., 3 Uhr, im Lokale „zum Löwen, Lörrach“.
- Malsburg i. B. 29. Oktober, 3 Uhr, im „Weyerhof“.
- Meßum. 5. November, 5 Uhr, bei Fehr Kamp.
- Münster i. Gsch. 4. Nov., 8 Uhr, bei Martin Kampf, Meherhof.
- Mühl. 29. Okt., 5 Uhr, bei Frh. Winkens öffentliche Versammlung.
- Neuzelle. 28. Okt., 9 Uhr, bei Max Wahlefeld.
- Neuzelle. 5. November, 6 Uhr, bei Joh. Wäberh (Damm).
- Neuzelle D.-S. 2. November, 7 1/2 Uhr, bei Frau Barisch, Sozialer Unterrichtsverein.
- Neuzelle D.-S. 6. November, 8 Uhr, bei Frau Barisch.
- Oberforstbach. 29. Okt., 5 Uhr, bei Wih. Sauer.
- Rheyl. 5. Nov., 11 Uhr, bei Rich. Bierhaus, Dientkirchenerstr.
- Schreibsbach. 29. Oktober, 5 1/2 Uhr, bei Joseph Gerthausen.
- Venn. 5. Nov., 1/2 Uhr, bei Ww. Peter Gennetes, Venn.
- Walheim. 29. Oktober, 5 1/2 Uhr, bei Wöhr in Hagz.
- Werden, Ruhr. 28. Okt., 8 1/2 Uhr, bei Kapbot, am Markt.

Walldhausen. Ordentliche Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins Solidarität, e. G. m. B. Sonntag, den 5. November, abends 1/2 7 Uhr, bei Ww. Lemarz. P.-D.: 1. Geschäftsbericht, 2. Vortrag, 3. Mitteilungen. In dieser Versammlung laden wir die Mitglieder freundschaftlich und dringend ein.
Der Ausschlußrat.
(L. 40 M.) S. A. Joh. Kammels.

Sterbe-Tafel.

Es starb die Verbandsmitglieder:
Wilhelm Lersmacher in Heka.
Richard Werler in Grotz.
Jakob Wehrans in Beck-olt.
Bernard Giesen in Beck-olt.
Gertraud Krings in Beck-olt.
Ehre ihrem Andenken!

Mitglieder,
achtet auf den Verband!